



# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

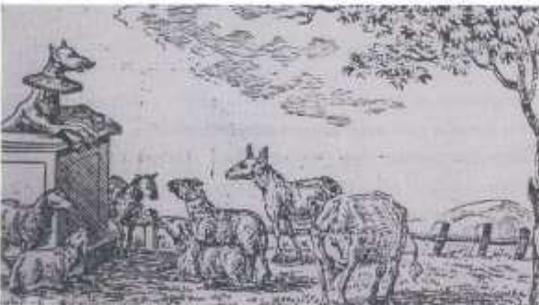
## 1. Eröffnung der Sitzung durch den Stadtratspräsidenten für das Jahr 2011, Roland Christen Szenisches Spiel "Dialog in der Marktgasse (1808) und im Himmel (2011)"

Stadtratspräsident Roland Christen gibt die Bühne zur Aufführung des szenischen Spiels "Dialog in der Marktgasse (1808) und im Himmel (2011)" frei.

heute  
ist  
gestern  
und  
morgen  
■  
1150  
jahre  
langenthal

### Begegnung ds Langetu ir Märitgass und im Himmu

Stadtratssitzung vom 24. Januar 2011



#### Dialogszenen.

Ein Beitrag zur 1150-Jahr Feier von  
Langenthal.

**Idee und Konzeption:**  
Simon Kuert  
**Dialoge:**  
Pedro Lenz  
**Regie:**  
Reto Lang  
**Musik:**  
Rainer Walker  
**In den Rollen:**  
Thomas Mathys  
Peter Zimmermann

#### Spielorte

Marktgasse Langenthal



Himmel - Blick auf Langenthal





# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

## Figuren und Akteure

Pfarrer Rüttimeyer	Peter Zimmermann
Hans Mumenthaler	Thomas Mathys
Res Dennler	Peter Zimmermann
Erzähler	Simon Kuert
Musiker	Rainer Walker

## Zur allgemeinen Situation 1808

Langenthal zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Patriotische Gedanken der Helvetik sind noch gegenwärtig. Man begrüsst hier im Dorf die Errungenschaften der französischen Revolution und kritische Geister wollten losgelöst von kirchlicher Bevormundung eine neue, freiheitliche Schweiz schaffen. In Langenthal waren Andreas Dennler und Johann David Mumenthaler die Exponenten dieser Bewegung.

## Zu den Figuren

### Andreas Dennler

11.4.1755 Langenthal, † 3.3.1819 Langenthal, ref., von Langenthal. Sohn des Jakob, Landwirts, Chirurgen und Chorrichters, der Dorfaristokratie zugehörig. ⚭ Anna Maria Hellmüller. 1777-82 in österr. Solddienst. 1783-84 in Wien. Ab 1785 Landarzt in Langenthal. D. führte ein unstetes Leben und litt ständig unter Geldmangel, weshalb ihn seine Verwandten auf dem Thorberg versorgen liessen. D. verkehrte im Kreis von Heinrich Zschokke und publizierte unter dem Pseudonym Quixote in der Zeitschrift

*(Applaus)*

**Markus Bösigler, OK-Präsident 1150 Jahre Langenthal:** Der Auftakt zur heutigen Stadtratssitzung sei ein weiterer Anlass im Rahmen der Festivitäten 1150 Jahre Langenthal und eigne sich als Werbespot für die noch kommenden im Laufe des Jahres geplanten Aktivitäten. Als OK-Präsident danke er für die gebotene Gelegenheit, auf die kommenden Anlässe aufmerksam machen und auf das unter der Homepage: <http://www.1150-langenthal.ch/1917.html> einsehbare Programm hinweisen zu können. Im Namen des Organisationskomitees hoffe und zähle er auch bei der Durchführung künftiger Anlässe auf ein grosse Publikum.

**Stadtratspräsident Roland Christen:** Es erfülle ihn mit Stolz, die Möglichkeit erhalten zu haben, sein Präsidialjahr mit dem gelungenen dargebotenen Spiel eröffnen zu können. Im Namen des Stadtrates, des Gemeinderates und der Zuschauerinnen und Zuschauer gratuliere und danke er den Akteuren des szenischen Spiels (den zwei Darstellern: Thomas Mathys, Peter Zimmermann; dem Regisseur: Reto Lang; dem Erzähler: Simon Kuert; dem Musiker: Rainer Walker; dem für die Licht- und Tontechnik Verantwortlichen: René Keusen) für die aussergewöhnliche Leistung mit der Übergabe von italienischen Delikatessen-Körben.

*(Die Saaleinrichtung wird von 19.35 - 19.45 Uhr für den offiziellen Sitzungsbetrieb umgebaut)*

"Isis". Sein 1817 erschienener Sammelband wurde verboten. Eifer, revolutionäre Rhetorik, boshafter Witz und Angriffe auf die Religion führten zu mehrmaliger Verurteilung. Dennler, der mit Jean Paul verglichen wurde, besass einen genialen Zug.

### Johann David Mumenthaler

26.4.1772 Langenthal, † 16.10.1838 Langenthal, ref., von Langenthal. Sohn des Hans Jakob. ⚭ 1802 Anna Maria Geiser. M. wurde Johann Jakob zur Erziehung übergeben. Nach einem Welschland- Aufenthalt und Auslandsreisen kehrte er nach Langenthal zurück, wo er als rechte Hand von Johann Jakob und selbstständiger Handelsunternehmer arbeitete. Er widmete sich im Selbststud. der Literatur, Musik und Geschichte, betrieb eine private Leihbibliothek mit über 2'000 Titeln und initiierte eine Lesegesellschaft. Während eines Kuraufenthalts in Baden machte er die Bekanntschaft mit Johann Kaspar Pfenniger. 1794 geriet M. in den Verdacht, das revolutionäre Stäfner Memorial verbreitet zu haben. In Langenthal wirkte er 1798 als Sekretär der provisorischen Munizipalität. Ab 1808 führte er einen Briefwechsel mit Jean Paul, dessen Werk er bewunderte. 1810-17 war er Gemeindeammann, 1817-31 Gerichtsstatthalter. M.s Haus bildete in den 1820 Jahren ein kulturelles Zentrum.

### Pfarrer Friedrich Rüttimeyer

Geb. vor 1787, Pfarrhelfer in Saanen, 1787 Pfarrer in Schwarzenegg, 1808 in Langenthal eingesetzt, bis 1819, dann Pfarrer in Cappel (Aarberg) gestorben 1828. Vertreter der orthodoxen Bernischen Staatskirche.



# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

**Stadtratspräsident Roland Christen:** Mit dem szenischen Spiel "*Dialog in der Marktgasse (1808) und im Himmel (2011)*" habe er die 1. Sitzung des Langenthaler Stadtrates 2011 eröffnen dürfen. Er verschone die Anwesenden mit einer langen Amtsantrittsrede und schliesse sich - was die Ratsführung, die Erwartungshaltungen und die Disziplin des Ratsbetriebs betreffe - seinen Vorgängerinnen und Vorgängern der letzten Jahre an. Er wünsche allen im Jubiläumsjahr 2011 Gesundheit, Wohlergehen und viel Erfreuliches.

Auch in diesem Jahr stehe den Stadtpolitikerinnen und Stadtpolitikern viel Arbeit und grosse zu meisternde Herausforderungen bevor. Zur Lösung der kommenden Aufgaben und Auseinandersetzungen brauche es Toleranz, Respekt und Anstand, was Regeln seien, die zum politischen Spiel gehören. Persönlich freue er sich auf eine konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit und bedanke sich bereits heute für ein aktives Mitmachen.

Er begrüsse alle recht herzlich, insbesondere die geschätzten Gäste, die Pressevertretenden sowie den Stadtschreiber Daniel Steiner und die Angestellten der Stadtverwaltung. Den Medienvertretenden danke er ganz herzlich für die kommenden Berichterstattungen.

Zur ersten Stadtratssitzung des Jahres begrüsse er Frau Karin Rickli (GL) als Ersatz für die per 31. Dezember 2010 zurückgetretene Frau Luzia Bossard (GL) sowie Herrn Pascal Dietrich (JL) als Ersatz für den ebenfalls per 31. Dezember 2010 zurückgetretenen Herrn Mirko Hegi (JL) als neue Mitglieder im Stadtrat. Er wünsche beiden eine gute Zeit, viel Freude, Befriedigung und viele Begegnungen während ihrer Ratstätigkeit und bittet das Parlament, Stadträtin Karin Rickli und Stadtrat Pascal Dietrich mit einem Applaus willkommen zu heissen.

*(Applaus)*

Er begrüsse auch die Mitglieder des Stadtratsbüros, Frau Beatrix Greber (Stadtratsvizepräsidentin), Frau Anita Steiner-Thaler (Stimmenzählerin) und Herrn Kurt Wyss (Stimmenzähler), die ihn im Ratsbetrieb unterstützen.

Auf dem Podium heisse er die stellvertretende Stadtschreiberin und neu als stellvertretende Ratssekretärin tätige Frau Fürsprecherin Mirjam Tschumi Walder willkommen. Er danke Frau Mirjam Tschumi Walder für die Unterstützung, den Support und die rechtliche Beratung. Ebenfalls ein grosses Merci gebühre Frau Gaby Heiniger für die Protokollführung und die vielen Handreichungen. Er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit im Jahr 2011.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **39** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- **1** Mitglied des Stadtrats ist entschuldigt abwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

**Stadtratspräsident Roland Christen:** Bevor auf die Traktandenliste eingetreten werde, begrüsse er den neuen Vorsteher des Finanzamtes der Stadt Langenthal, Herrn Mark Bucher, der die Stelle am 3. Januar 2011 als Nachfolger von Herrn René Hubacher angetreten habe.

**Mark Bucher, Vorsteher Finanzamt:** Nachdem die Sitzung mit einem fulminanten kulturellen und geschichtlichen Schauspiel gestartet worden sei - das ihm das Langenthaler Stadtleben noch etwas näher gebracht habe - werde es nun mit profaneren Dingen zu und her gehen.

Vor knapp drei Wochen habe er als Nachfolger von Herrn René Hubacher, die Leitung des Finanzamtes Langenthal übernehmen dürfen. Er sei von den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sehr gut aufgenommen worden. In seiner neuen Umgebung gefalle es ihm sehr gut und er freue sich sehr über die neuen Aufgaben, die ihn erwarten.



## Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

Aufgewachsen in Udligenswil, einer Agglomerationsgemeinde der Stadt Luzern, spreche er keinen Berndeutschen Dialekt. Er werde sich aber Mühe geben, dies zu ändern. Nach absolvierter Volksschule habe er sich bei den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) zum Betriebsdisponenten ausbilden lassen. Nach Lehr- und Wanderjahren bei den SBB habe er im Jahr 1999 die Ausbildung zum Betriebsökonom an der Fachhochschule Luzern begonnen. Nach drei Jahren Weiterbildung und einem Auslandsaufenthalt habe er von 2003 bis 2010 bei PricewaterhouseCoopers auf dem Platz Luzern gearbeitet. Er habe sich während dieser Zeit zum Einen auf die Arbeit der öffentlichen Hand spezialisiert, womit er aus Sicht der Kontrolle/Revision über gute Kenntnisse verfüge, wie die Geschäfte in der Verwaltung ablaufen. Zum Anderen habe er sich auf Versicherungsunternehmen (Krankenkassen, Pensionskassen, Sozialversicherungen, Ausgleichskassen etc.) spezialisiert. Im Jahr 2007 habe er die Ausbildung zum Wirtschaftsprüfer abgeschlossen, worauf er Funktionen im Management übernommen habe, was ihm grosse Einblicke in die Mitarbeiterführung ermöglicht habe. Seit 5 Jahren wohne er mit seiner Familie (Ehefrau, zwei Kinder) in Zofingen. Seine Hobbys seien die Familie und Sport im Allgemeinen.

Langenthal stehe momentan sehr prosperierend da. Zusammen mit der Politik wolle er dafür sorgen, dass dies in den nächsten Jahren so bleibe, so dass Langenthal eine goldige Zukunft habe.

*(Applaus)*

**Stadtratspräsident Roland Christen** dankt Herrn Mark Bucher für die Vorstellung seiner Person und wünscht ihm für die anspruchsvolle Aufgabe viel Weitsicht, Freude und Kraft. Im Namen des Parlaments freue er sich auf eine konstruktive und gute Zusammenarbeit.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 2. Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates (Art. 20, 34, 34a [neu] und 36); Genehmigung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Christoph Kuert, Stadtratspräsident 2010:** Obschon er als Stadtratspräsident 2010 nicht mehr im Namen aller Stadträtinnen und Stadträte sprechen dürfe, gratuliere er dem neuen Stadtratspräsidenten, Roland Christen, zu seiner bravourösen Idee, den Einstieg ins Stadtratsjahr 2011 mit dem eindrücklichen szenischen Prolog zu gestalten. Den Künstlern und dem Erzähler gebühre ein herzliches Dankeschön und ein Kompliment für die brillante Vorstellung. Persönlich hoffe er, dass der Geist, den die Herren Dennler und Mumenthaler schon vor über 200 Jahren in Langenthal vertreten haben, den Stadtrat auch in Disputen im Jubiläumsjahr begleiten möge.

Sein Votum zur Vorlage erfolge im Namen des Stadtratsbüros 2010. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, die Vorlage noch an der Dezembersitzung des Jahres 2010 im Stadtrat zu beraten. Um das Programm der Ehrenbürgerrechtsverleihungsfeier für Herrn Bundesrat Johann Niklaus Schneider-Ammann im Anschluss an die Stadtratssitzung vom 20. Dezember 2010 zeitlich nicht zu gefährden, sei die Behandlung jedoch auf die heutige Sitzung verschoben worden.

Die Einführung der Richtlinienmotion sei am 23. August 2010 vom Stadtrat beschlossen worden, womit das Stadtratsbüro beauftragt worden sei, dem Stadtrat einen Bericht und Antrag und eine entsprechende Beschlussvorlage zur Abstimmung vorzulegen. Die Ausarbeitung der Vorlage sei in Zusammenarbeit mit den Juristen (Frau Fürsprecherin Mirjam Tschumi Walder, stv. Stadtschreiberin, und Herrn Fürsprecher Daniel Steiner, Stadtschreiber) erfolgt. Das Büro des Stadtrates habe sich auch bei der Stadt Bern erkundigt, wie dort mit dem Instrument der Richtlinienmotion verfahren werde.

Die Richtlinienmotion bringe den Vorteil, dass eine korrekt abgefasste Motion immer gültig sei. Im Kompetenzbereich des Stadtrates liege wie bisher die so genannte Motion mit Weisungscharakter. Im Kompetenzbereich des Gemeinderates dagegen könne neu eine Motion mit Richtliniencharakter eingereicht werden. Der Streit um die Rechtsgültigkeit von Motionen entfalle, werfe aber die neue Frage auf, wer entscheide ob der eingereichte Vorstoss eine Motion mit Weisungscharakter sei, die den Gemeinderat zu einer verbindlichen Umsetzung verpflichte, oder ob es sich "nur" um eine Motion mit Richtliniencharakter handle, deren Umsetzung für den Gemeinderat fakultativ sei. Das Stadtratsbüro habe sich bemüht, die bisher geltende Regelung zur Abklärung der Rechtsgültigkeit (analog Art. 20 Abs. 4) in die vorliegende Reglementsrevisionsvorlage einfließen zu lassen. Die Kompetenz zu entscheiden, welcher Charakter eine Motion habe, bleibe somit analog der bisherigen Regelung beim Stadtrat (siehe Art. 34 Abs. 3 und Art. 34a Abs. 3).

Auf Seite 11 der synoptischen Darstellung (Spalte NEU) seien die beiden Motionstypen anschaulich als Art. 34 und Art. 34a mit jeweils vollständigem Text abgebildet. Die Definition der beiden Motionstypen sei in Art. 34 Abs. 1 und in Art. 34a Abs. 1 festgehalten. Durch die Aufteilung des bisherigen Art. 34 in neu Art. 34 und Art. 34a ergebe sich eine gewisse sprachliche Doppelspurigkeit, die aber hinsichtlich des Vorteils einer unmissverständlicheren und übersichtlicheren Darstellung vom Stadtratsbüro in Kauf genommen werde.

Bei der Ausarbeitung der Revisionsvorlage seien auch die Fragen geklärt worden:

- a) in welcher Form der Gemeinderat zu einer überwiesenen Richtlinienmotion Stellung zu nehmen habe.
- b) ob das Zeitfenster für eine Stellung gemäss Art. 36 Abs. 5 (bisher) übernommen werden kann oder ob es abgeändert werden müsse.

Das Büro sei sich betreffend die Frage a) einig, dass der Gemeinderat zu einer überwiesenen Richtlinienmotion in jedem Fall eine schriftliche Stellungnahme zu verfassen habe, was im neuen Art. 34a Abs. 2 festgehalten sei.



# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

In Art. 36 Abs. 5 und 6 (bisher) sei geregelt, wie viel Zeit die Exekutive zur Behandlung von erheblich erklärten Motionen und Postulaten zur Verfügung habe. Die Dauer von zwei Jahren zur Abgabe einer Stellungnahme erscheine angesichts der Tatsache, dass die Exekutive bei einer Richtlinienmotion freie Hand habe zu entscheiden, voll mitzumachen, sich nur teilweise darauf einzulassen oder überhaupt nichts zu befolgen, zu lange. Für den Stadtrat sei es wichtig, rasch zu wissen, woran er mit dem Anliegen einer Richtlinienmotion sei, zumal meistens weitere Vorstösse in petto und geplant seien, die inhaltlich von einer Absichtserklärung der Exekutive abhängen. Das Stadtratsbüro habe deshalb einen Zeithorizont von 6 - 12 Monate in Erwägung gezogen und habe sich schliesslich auf den vorliegenden Kompromissvorschlag von 9 Monaten (gemäss Art. 36 Abs. 5 und 6 [neu]) geeinigt. Der Hauptgrund für den Vorschlag (9 Monate) basiere darauf, dass die Stellungnahme des Gemeinderates grundsätzlich so rasch wie möglich erwünscht sei, dass die nötigen Abklärungen durch ein zu enges Zeitfenster aber nicht an Qualität verlieren dürfen.

Bei Annahme und unter Berücksichtigung der 30-tägigen Beschwerdefrist würden die beantragten Revisionspunkte in der Geschäftsordnung des Stadtrates ab 1. März 2011 in Kraft treten.

Im Namen des letztjährigen sowie hoffentlich auch des diesjährigen Stadtratsbüros, empfehle er die Vorlage zur Annahme. An dieser Stelle danke er seinen Kolleginnen und Kollegen, den beiden Juristen und der Protokollführerin für die Arbeit im Stadtratsbüro 2010.

**Urs Zurlinden, GPK-Präsident:** Frau Fürsprecherin Mirjam Tschumi Walder habe den Platz des Stadtschreibers Daniel Steiner im Stadtratsbüro als auch in der Geschäftsprüfungskommission eingenommen. In der Geschäftsprüfungskommission sei sie nun die direkte Ansprechpartnerin, zumindest in der Praxis De jure und damit offiziell bleibe Stadtschreiber Daniel Steiner nach wie vor Sekretär der Geschäftsprüfungskommission.

Die Geschäftsprüfungskommission habe den Ablauf des Geschäftes geprüft und komme einstimmig zum Schluss, dass formell nichts zu beanstanden sei. Inhaltlich würden aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission zwei Punkte Anlass zu Bemerkungen geben:

- Die Geschäftsprüfungskommission habe heute schon zu prüfen, ob eine Motion rechtlich zulässig sei oder nicht. Neu wären alle Motionen zulässig. Die Geschäftsprüfungskommission habe aber nach wie vor einen Prüfungsauftrag, indem sie neu den Antrag des Gemeinderates beurteilen müsse, ob eine Motion den Charakter einer Weisung oder den Charakter einer Richtlinie habe. Die Geschäftsprüfungskommission werde nach ihrer Prüfung einen entsprechenden Antrag an den Stadtrat stellen, womit die Entscheidung, ob es sich um eine Weisung oder um eine Richtlinie handelt, letztlich vom Stadtrat gefällt werde. Damit bleibe die Entscheidung beim gleichen Gremium, das bereits heute über die rechtliche Zulässigkeit einer Motion entscheide.

Dieser Entscheidmechanismus habe im Übrigen zur Folge, dass jede Motion - eine Weisungs- oder eine Richtlinienmotion - vom Motionär wie bisher in ein Postulat umgewandelt werden könne. Wogegen die Umwandlung einer Weisungs- in eine Richtlinienmotion nicht möglich sei.

- In der Geschäftsprüfungskommission sei die Frage aufgetaucht, ob das Instrument des Postulats durch das neue Instrument der Richtlinienmotion abgewertet werde. Dass eine Richtlinienmotion innerhalb von 9 Monaten beantwortet werden müsse, habe zur Überlegung geführt, dass diese dadurch wesentlich attraktiver werden könnte als das Postulat mit seiner Erledigungsfrist von zwei Jahren. Die Antwort auf diese Frage werde letztlich nur die Praxis geben können, obwohl sich die Instrumente inhaltlich unterscheiden. Es gelte zu unterscheiden, ob der Gemeinderat verpflichtet werden soll, einen gewissen politischen Willen umzusetzen (Richtlinienmotion) oder ob er mit einem Postulat nur gebeten werde, etwas zu prüfen.

**Stadtpäsident Roland Christen** legt den weiteren Ablauf der Detailberatung fest:

- A Voten der Fraktionssprechenden
- B Allgemeine Umfrage
- C Beratung der revidierten vier Artikel gemäss Änderungserlass/Einbringung von allfälligen Änderungsanträgen



## A Voten der Fraktionssprechenden

**Daniel Rügger, EVP/glp-Fraktion:** Im Namen der EVP/glp-Fraktion wünsche er dem Stadtratspräsidenten, Roland Christen, vorab alles Gute und viel Freude an seinem neuen Amt und danke für den heute gebotenen Einstieg ins Politjahr 2011.

Das Anliegen beschäftige den Stadtrat bereits zum vierten Mal. Nach dem Scheitern der Vorstosses von Steiner Reto (EVP)<sup>1</sup> und dem Antrag von Nadine Masshardt (SP)<sup>2</sup> haben die Stadträte Zurlinden Urs und Lüthi Beatrice (beide FDP) mit der vorliegenden Motion nun mehr Erfolg. Obwohl die EVP/glp-Fraktion die Erheblicherklärung der vorliegenden Motion am 23. August 2010 abgelehnt habe, werde der demokratische Entscheid des Stadtrates zur Einführung der Richtlinienmotion akzeptiert und wie folgt beurteilt:

- Mit der Richtlinienmotion erhalte der Stadtrat ein neues Instrument, mit welchem dem Gemeinderat die politische Zielrichtung aufgezeigt werden könne. Die Richtlinienmotion stelle weder eine Beschränkung der gemeinderätlichen Entscheidkompetenz dar, noch vermindere sie dessen Entscheidverantwortung. Allerdings könne der Gemeinderat damit zur Begründung seiner Haltung verpflichtet werden. Die dafür eingesetzte Frist von 9 Monaten werde von der EVP/glp-Fraktion als sinnvoll erachtet.
- Positiv zu vermerken sei, dass mit der Einführung der Richtlinienmotion die Diskussion über die Rechtsgültigkeit einer Motion hinfällig werde.
- Mit den vorgeschlagenen Formulierungen in der Geschäftsordnung des Stadtrates könne sich die EVP/glp-Fraktion einverstanden erklären.

Die EVP/glp-Fraktion gebe dem neuen Instrument eine Chance und sei gespannt darauf, wie sich dieses im politischen Alltag entwickeln werde. Die EVP/glp-Fraktion stimme der Vorlage einstimmig zu.

**Renato Baumgartner, SP/GL-Fraktion:** Zu den bereits verfügbaren Instrumenten (normale Motionen, Postulate, Interpellationen, Einfache Anfragen) erhalten die Mitglieder des Stadtrates heute eine weitere Möglichkeit, ihre Anliegen kund zu tun. Mit der Einführung der Richtlinienmotion werde den Stadratsmitgliedern die Möglichkeit gegeben, auch Motionen zu Themen einzureichen, die den ausschliesslichen Kompetenzbereich des Gemeinderates betreffen. In der SP/GL-Fraktion habe einzig die neunmonatige Frist zu Reden gegeben. Die SP/GL-Fraktion sehe aber ein, dass die 9 Monate nötig seien, um die Geschäfte administrativ bewältigen zu können.

Die SP/GL-Fraktion unterstütze die beantragten Änderungen der Geschäftsordnung des Stadtrates einstimmig und sei froh, endlich ein solches Instrument zur Verfügung zu haben, nachdem dieses Anliegen aus den eigenen Reihen<sup>2</sup> bereits früher gefordert worden sei.

## B Allgemeine Umfrage

**Stadtratspräsident Roland Christen** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

## C Beratung der revidierten vier Artikel gemäss Änderungserlass/Einbringung von allfälligen Änderungsanträgen

**Stadtratspräsident Roland Christen** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

<sup>1</sup> Postulat Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnenden vom 3. Juni 2002 betreffend "Neues politisches Instrument für den Stadtrat" (nicht erheblich erklärt am 9. September 2002)

<sup>2</sup> Antrag Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend "mehr Mitsprache für den Stadtrat - Einführung der Richtlinienmotion in die Geschäftsordnung des Stadtrates" (abgelehnt am 15. Dezember 2008)



# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

## III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Der Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981 (Änderungserlass, datiert mit 10. November 2010) wird zugestimmt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

### 3. Wahl eines Mitglieds der Volksschulkommission (Ersatzwahl für die per 31. Dezember 2010 demissionierte Stefanie Loser-Fries [SP])

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II Detailberatung:

**Pierre Masson, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion schlägt Silvia Roth, Sachbearbeiterin, als Ersatzmitglied zur Wahl in die Volksschulkommission vor.

#### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

**Silvia Roth, Sachbearbeiterin (SP), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Volksschulkommission gewählt. Die Wahl entfaltet ihre Wirkung mit dem Eintritt der Rechtskraft dieses Stadtratsbeschlusses auf den 7. Februar 2011.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



#### 4. Motion Schaller Albert (SVP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2010: Änderung der Parkplatzbewirtschaftung bei den Schulanlagen und in der Einstellhalle Verwaltungsgebäude Ju- rastrasse; Stellungnahme<sup>1</sup>

##### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

##### II Detailberatung:

**Gemeinderat Rolf Baer:** Im Namen des Gemeinderates wünsche er dem Stadtratspräsident Roland Christen alles Gute. In Bezug auf die von Herrn Thomas Mathys im eingangs aufgeführten szenischen Spiels gespielte Figur von Johann David Mumenthaler, welcher gesagt habe: *"Die Gedanken sind frei!"* sei er persönlich froh, dass die Intimität der Gedanken in der heutigen gläsernen Gesellschaft noch ein Stück weit erhalten bleibe.

Mit der vorliegenden Motion verlangen die Stadträte Fritz Fiechter und Albert Schaller vom Gemeinderat, dass die Parkplätze in der Einstellhalle des Verwaltungszentrums und bei den Schulanlagen der Volksschule bewirtschaftet werden sollen und, dass dazu das Parkplatzbewirtschaftungsreglement entsprechend anzupassen sei.

In Art. 2 des Parkplatzbewirtschaftungsreglementes werde der Geltungsbereich wie folgt beschrieben: *"Das vorliegende Reglement gilt für die Parkierung von Motorfahrzeugen und Anhängern auf sämtlichen öffentlichen Parkplätzen und Strassen, welche sich im Eigentum der Stadt Langenthal befinden oder bei welchen die Anwendbarkeit dieses Reglements mit den privaten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern vereinbart wurde."*

Die in der Motion erwähnten Parkplätze würden aktuell nicht als öffentliche Parkplätze gelten, weil sie Betriebsparkplätze darstellen und damit dem Parkplatzbewirtschaftungsreglement nicht unterliegen.

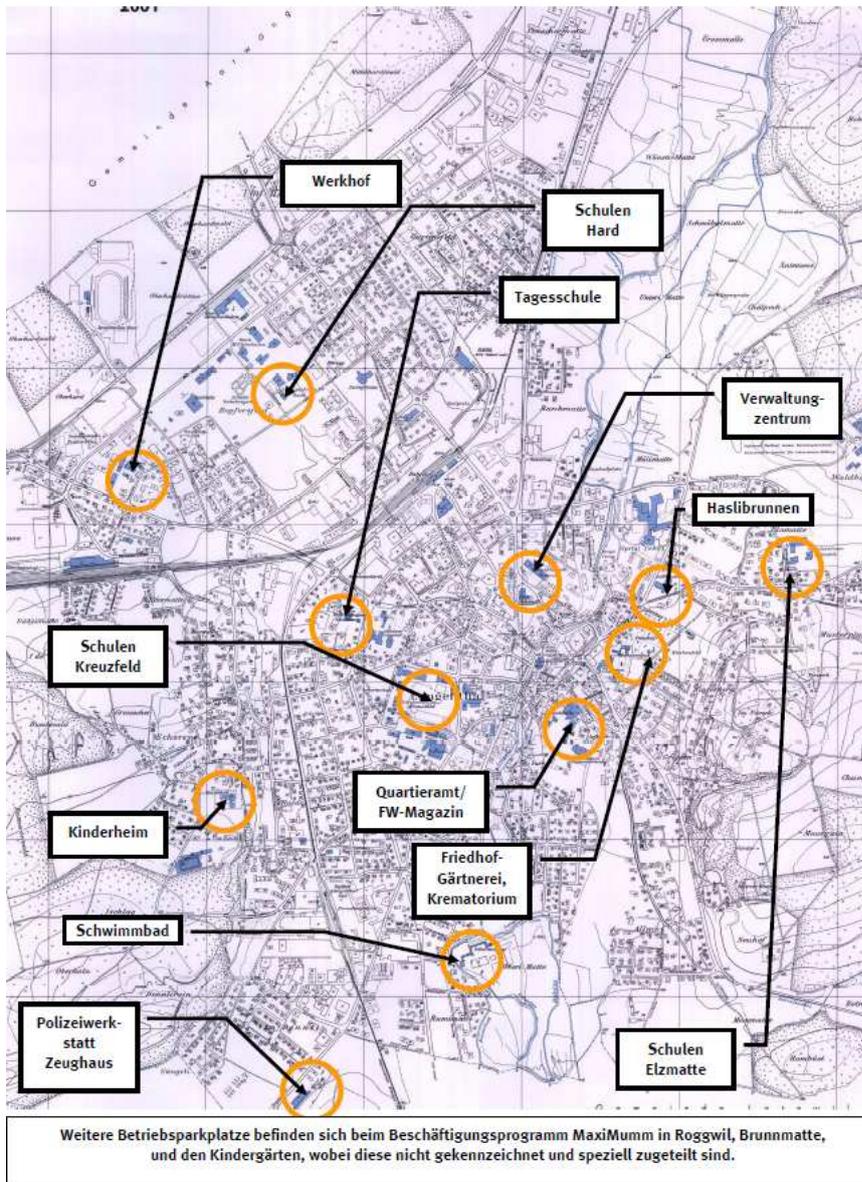
Wenn die Motion nun verlange, dass die Parkplätze in der Einstellhalle und bei den Schulanlagen neu öffentlich werden und der Allgemeinheit zur Verfügung stehen sollen und in diesem Sinne auch bewirtschaftet werden sollen, dann sei die Motion gültig. Ungültig wäre die Motion dann, wenn die fraglichen Parkplätze weiterhin als Betriebsparkplätze gelten würden, aber neu zu bewirtschaften wären. Die Regelungen zur Bewirtschaftung von Betriebsparkplätzen liege im Kompetenzbereich des Gemeinderates.

---

<sup>1</sup> Am 10. November 2010 vom Gemeinderat beantragte und gleichentags vom Stadtratspräsidenten bewilligte aufgeschobene Behandlung der Motion



## Betriebsparkplätze der Stadt Langenthal



Im Namen des Gemeinderates mache er ergänzend darauf aufmerksam, dass die Betriebsparkplätze von Angestellten bei den Heimen, beim Werkhof, beim Schwimmbad, bei sämtlichen Kindergartenstandorten etc. auf der vorliegenden Karte dargestellt seien. Es könne aber nicht sein, dass einfach zwei Arten von Betriebsparkplätzen herausgebrochen werden, um diese speziell zu behandeln. Anders ausgedrückt, heisse das, dass für alle Betriebsparkplätze der Stadt Langenthal die gleichen Regelungen gelten sollen.

Der Gemeinderat habe eine entsprechende Anpassung und Überprüfung bereits in Auftrag gegeben. Die Motion habe somit ihren Zweck ein Stück weit bereits erfüllt.

Der Gemeinderat wolle, dass für alle Betriebsparkplätze der Stadt Langenthal die gleichen Regelungen gelten. Der Gemeinderat sei sich aber auch einig, dass die in der Motion erwähnten Betriebsparkplätze der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden sollen.

Die Parkplätze in der Einstellhalle des Verwaltungszentrums seien beim Bezug des Zentrums noch öffentlich gewesen und als blaue Zone bewirtschaftet worden. Später habe sich gezeigt, dass sich diese Lösung wegen der ungünstigen Ein- und Ausfahrt, wegen den schmal konzipierten Plätzen und wegen den unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen nicht bewähre. Zudem seien sie für den heutigen Betrieb unumgänglich und sollen den Mitarbeitenden zur Verfügung stehen. Weiter anzumerken sei, dass die wenigen Parkplätze bei den Schulanlagen nicht einmal für die betrieblichen Bedürfnisse ausreichen.

Der Gemeinderat beantrage dem Stadtrat deshalb, die Motion im Bereich der festgestellten Gültigkeit, nicht erheblich zu erklären.



**Albert Schaller:** Der Gemeinderat habe die Motion formell als gültig erklärt und die Zielrichtung erkannt. Grundsätzlich werde mit der Motion nichts anderes verlangt, als dass die Parkplätze öffentlich werden und dass sie vor Allem gemäss dem Parkplatzbewirtschaftungsreglement bewirtschaftet werden können. Wie Gemeinderat Rolf Baer bereits erwähnt habe, sei die Parkieranlage des Verwaltungsgebäudes bei der Eröffnung mit einer blauen Zone ausstaffiert und somit öffentlich nutzbar gewesen. Seit der Änderung des Parkplatzreglementes im Jahre 2002 (in Kraft seit 1. Januar 2003) seien die Parkplätze bei den Schulanlagen und der Einstellhalle des Verwaltungszentrums aber nicht mehr bewirtschaftet und gelten als nicht öffentliche Betriebsparkplätze, wogegen bei den kantonalen Schulanlagen im Hard sämtliche Parkplätze bewirtschaftet werden und öffentlich zugänglich seien.

Der Gemeinderat habe aufgrund der Motion den Auftrag erteilt, dass die betrieblichen Parkplätze einer einheitlichen Benutzungsordnung unterstellt werden und damit festgestellt, dass die vorliegende Motion aufgrund der bestehenden Unterschiede begründet sei. Aus dem Bericht des Amtes für öffentliche Sicherheit vom 2. November 2010 gehe auch hervor, dass die Bewirtschaftung der Parkplätze bei den Schulzentren bewusst ausgeklammert worden sei. Als Motionär stelle er allerdings fest, dass die Parkplätze bei den Schulanlagen an den schulfreien Zeiten trotzdem öffentlich genutzt werden, um vermutlich Einkäufe zu tätigen. Grundsätzlich sollten diese Plätze aber den Schülern zur Verfügung stehen und nicht als Parkplätze genutzt werden, was allerdings ein anderes Thema und nicht Inhalt der vorliegenden Motion sei. Bei stattfindenden Grossanlässen sei es richtig, wenn genügend Parkplätze vorhanden seien und diese als öffentliche Parkplätze zur Verfügung gestellt werden.

Der Gemeinderat habe am 15. Dezember 2010 beschlossen, dass die rubrizierte Motion als nicht erheblich zu erklären sei, ohne zu einer eventuellen Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat Stellung zu beziehen.

Gemeinderat Rolf Baer habe erwähnt, dass zur betrieblichen Nutzung bei den Schulanlagen zu wenig Parkplätze zur Verfügung stehen. Im Hinblick darauf, dass im Kreuzfeld 50 Parkplätze vorhanden seien, erachte er diese Aussage persönlich als fraglich.

Die von ihm und seinem Mitmotionär durchgeführte Umfrage in den Fraktionen habe ergeben, dass die Motion mehrheitlich abgelehnt würde. Aus diesem Grund werde die Motion **in die Form des Postulats gewandelt**.

**Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion:** Es mache Sinn ins Jahr 1999 zurückzublenden, als sich der Gemeinderat bereits Gedanken gemacht habe, wie die Parkplätze bei den Schulanlagen - explizit beim Kreuzfeldareal - gebraucht werden können. Damals sei entschieden worden, auf dem Areal Kreuzfeld etliche nicht öffentliche Betriebsparkplätze einzurichten mit der Begründung, dass es Lehrkräfte gebe, die zum Teil auf das Auto angewiesen seien, weil sie den Unterrichtsort rasch wechseln müssen, oder dass es andere Angestellte der Schulen gebe, die gelegentlich zwingend ein Auto brauchen würden. Auch für die Kindergärten sei eine analoge Lösung gesucht und auch gefunden worden. Wenn beispielsweise eine Förderkindergärtnerin den Ort schnell wechseln können müsse, erhalte sie eine Gratisparkkarte. In der Zwischenzeit würden in allen Schulzentren ähnliche Regeln gelten.

Die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung, dass sich die aktuellen Regelungen grundsätzlich bewährt haben und sinnvoll seien. In diesem Zusammenhang müsse aber auch einmal betont werden, dass es nicht so selbstverständlich sei, dass Lehrkräfte einfach Gratisparkplätze zur Verfügung gestellt bekommen. In anderen Berufszweigen sei es selbstverständlich für die Parkplätze zu bezahlen. Auch in Langenthal gebe es zwei Schulen (Gymnasium und Gewerbeschule), wo die Lehrkräfte Gebühren für die Parkplätze bezahlen müssen. Betreffend das Verwaltungsgebäude seien die Gründe bereits genannt worden, wieso es keinen Sinn mache öffentliche Parkplätze einzurichten.

Die EVP/glp-Fraktion lehne die Motion ab. Die Fraktion sei der Meinung, dass die Parkplätze im Verwaltungsgebäude und bei den Schulanlagen weiterhin als nicht öffentliche Betriebsparkplätze gelten und nicht dem Parkplatzbewirtschaftungsreglement unterworfen werden sollen. Die EVP/glp-Fraktion begrüsse auch die Initiative des Gemeinderates, für eine einheitliche Benutzungsordnung zu sorgen, so dass die Nutzenden der verschiedensten Parkplätze wirklich alle die gleichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erhalten.



# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

Die EVP/glp-Fraktion habe sich kurz in Bezug auf die Wandlung der Motion in ein Postulat abgesprochen. Wenn am Postulat festgehalten werden sollte, **stelle er den Antrag, dass das Postulat - sollte es erheblich erklärt werden - gleichzeitig mit der Erheblicherklärung abgeschrieben werde**, weil der Gemeinderat die rechtliche und inhaltliche Prüfung der Situation bereits vorgenommen habe.

**Markus Bösigler, FDP/jll-Fraktion:** Die FDP/jll-Fraktion sei grundsätzlich nicht dagegen, die Bewirtschaftung der städtischen Parkplätze sowie der Betriebsparkplätze im Sinne von "*Gleiches Recht und gleiche Pflicht für alle!*" zu prüfen. Dass die vorliegende Motion nicht das richtige Mittel sei, sei offensichtlich jetzt auch den Motionären klar geworden. Die Wandlung in ein Postulat renne beim Gemeinderat offene Türen ein, indem dieser eine Prüfung der Problematik selber an die Hand nehme. In diesem Sinne sehe die FDP/jll-Fraktion die Notwendigkeit des Vorstosses auch in Form des Postulats grossmehrheitlich nicht ein und lehne die Erheblicherklärung des Vorstosses grossmehrheitlich ab.

**Fritz Fiechter, SP/GL-Fraktion:** Auch die SP/GL-Fraktion habe sich mit dem Thema auseinandergesetzt. Eine Mehrheit der Fraktionsmitglieder habe sich dahin geäussert, dem Vorstoss in Form des Postulats zuzustimmen.

Persönlich würde es ihn freuen, wenn dem von der Motion in ein Postulat gewandelten Vorstoss zugestimmt würde, was dem Anliegen, dass in Langenthal wieder gleiche Rechte für alle gelten sollen, den nötigen Nachdruck verleihen würde.

**Stadtratspräsident Roland Christen** ordnet nach Rücksprache mit der stellvertretenden Stadtschreiberin Mirjam Tschumi Walder an, zuerst über die Erheblicherklärung des Postulats (gewandelte Motion) abzustimmen. Im Anschluss daran und falls die Erheblicherklärung beschlossen werde, komme der Antrag von Stadtrat Daniel Steiner der EVP/glp-Fraktion, das Postulat gleichzeitig mit der Erheblicherklärung als erledigt abzuschreiben, zur Abstimmung.

### III Abstimmung:

#### 1. Der Stadtrat beschliesst mit 25 Stimmen Nein gegen 12 Stimmen Ja (bei 2 Enthaltungen):

- **Das Postulat (umgewandelte Motion) Schaller Albert (SVP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2010: Änderung der Parkplatzbewirtschaftung bei den Schulanlagen und in der Einstellhalle Verwaltungsgebäude Jurastrasse wird erheblich erklärt.**

#### 2. Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Nein gegen 15 Stimmen Ja (bei 4 Enthaltungen):

- **Der Antrag von Stadtrat Daniel Steiner der EVP/glp-Fraktion, das erheblich erklärte Postulat (umgewandelte Motion) gleichzeitig mit der Erheblicherklärung als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abzuschreiben, wird abgelehnt.**

#### 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 5. Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2010: "Zuerst Arbeit, dann Sozialhilfe - für einen obligatorischen Arbeitseinsatz von Sozialhilfebezügern"; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Reto Müller:** Die Idee von Stadtrat Patrick Freudiger sei gut, aber nicht neu. Im Grundsatz herrsche wohl allgemeine Einigkeit in Bezug darauf, dass wer Geld von der Gesellschaft wolle, etwas dafür leisten solle - wenn er dazu körperlich und geistig im Stande sei. Bereits im Jahr 2001 habe die Stadt Winterthur ein Pilotprojekt in dieser Sache gestartet. Die Stadt Winterthur habe gute Erfahrungen gemacht und sei diesem Modell bis heute treu geblieben.

Es habe sich gezeigt, dass ein Teil von 20% der Personen, die überhaupt zu einem Arbeitseinsatz fähig seien, im Jahr 2007 den einmonatigen Arbeitseinsatz nicht angetreten haben. Zum Einen weil einige davon in der Zwischenzeit eine Stelle gefunden haben, zum Anderen sei eine Begründung dazu ausgefallen. Eine genaue Evaluierung der Gründe liege deshalb nicht vor. Genau auf diejenigen, die den Arbeitseinsätzen unbegründet fernbleiben, ziele das Modell richtigerweise ab.

Der Gemeinderat lehne den vorliegenden Vorstoss aber trotzdem ab, weil er ganz klar nicht bereit sei, Aufgaben zu übernehmen, die in der Gesetzeskompetenz des bernischen Regierungsrates und Grossen Rates liegen und andererseits Kosten zu tragen, die in ihrer Gesamtheit dem Lastenausgleich zufallen würden. Der Gemeinderat erachte dieses Vorgehen als systemfremd und lehne auch die Prüfung des Themas ab. Der Gemeinderat lehne das Postulat aber auch ab, weil im Kanton Bern bereits an der Umsetzung von ähnlichen Vorstössen gearbeitet werde. Am 9. April 2009 sei im Grossen Rat die Motion von Messerli Philippe, Nidau (EVP) und Willfried Gasser, Wabern (EVP) "*Arbeitsintegration fördern - Fallzahlen vermindern Neue Wege in der Sozialhilfe*" eingereicht worden, die eine Kopie des Passageprojekts der Stadt Winterthur verlange. Unter Anderem werde in der Motion gefordert, den Teilnehmenden für den einmonatigen Arbeitseinsatz einen existenzsichernden Lohn auszubezahlen, bevor Sozialhilfe ausbezahlt werde. Diese Motion habe zu den zur Zeit laufenden Pilotprojekte in Bern und Biel geführt. Laut Schätzungen des Kantons - wie Frau Regula Unteregger des Sozialamtes des Kantons Bern in der Presse ausgesagt habe - würde es im Kanton Bern 176 neue Stellen brauchen, um das Modell überall einführen zu können, was im Lastenausgleich rund Fr. 10 Mio. betrage. Wenn Langenthal das Arbeitsmodell selber übernehmen und durchführen möchte, hätte dies relativ einfach gerechnet jährlich wiederkehrende Kosten von rund Fr. 200'000.00 bis Fr. 240'000.00 zur Folge.

Die Pilotprojekte im Kanton Bern seien im Mai und Juni 2010 gestartet worden. Zur Zeit finde eine Evaluation statt. Erste Ergebnisse würden gemäss telefonischer Auskunft zwar vorliegen, sie seien aber noch nicht zur Kommunikation freigegeben. Wenn es aber so sein werde, wie in Winterthur bereits festgestellt worden sei, dass für Fr. 1.00 der ins Programm investiert werde Fr. 4.15 gespart werden könne, dann werde der Kanton Bern relativ rasch entsprechend handeln.

Man dürfe also gespannt sein, zu welchem baldigen Schluss der Kanton Bern in dieser Sache kommen werde. Von Seiten des PvB maxi.mumm (dem Arbeits-Integrations-Institut der Stadt Langenthal in Roggwil) wäre man sicher nicht abgeneigt, ein solches Programm durchzuführen. Zumal das PvB maxi.mumm sehr erfolgreich arbeite, da es eine Reintegrationsrate (zurückgeführte Arbeitnehmende in den Arbeitsmarkt) von über 30% ausweise, was über dem kantonalen Durchschnitt liege. Auch weise das PvB maxi.mumm im kantonalen Vergleich eine unterdurchschnittlich hohe Unterstützungsdauer aus (durchschnittlich sei jemand in Langenthal während 9 Monaten von Sozialhilfe abhängig).



## Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

Den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission habe er den Bericht *"Kontrolle der Kosten in der individuellen Sozialhilfe, Jahre 2007, 2008 und 2009"* der Gesundheits- und Fürsorgedirektion vom November 2010 abgegeben. Aufgrund von Ort und Zeit und insbesondere auch deshalb, weil die Sozialhilfeproblematik und das Thema der Armut in Langenthal einerseits in der Presse und andererseits in der Ausstellung *"Im Fall"* bereits ausführlich thematisiert worden sei, verzichte er darauf, im Detail auf gewisse Stellen und Ziffern in diesem Bericht einzugehen. Selbstverständlich sei er gerne bereit, Interessierten Auskunft über die Sozialhilfestatistik, die Sozialhilfeauswertung sowie über die Arbeiten und Massnahmen und die vom Sozialamt unternommenen Anstrengungen zu erteilen.

**Patrick Freudiger, SVP-Fraktion:** Aus verfahrensökonomischen Gründen äussere er sich sowohl als Postulant als auch als Sprecher der SVP-Fraktion.

Im Sinne eines Überblicks zur Langenthaler Sozialhilfe und um aufzuzeigen, weshalb das Postulat eingereicht worden sei, verweise er auf die Sozialhilfekosten in Langenthal, welche in den letzten Jahr relativ steil nach oben verlaufen und zwar unabhängig davon, ob eine Rezession oder eine wirtschaftlich gute Zeit geherrscht habe. Die Rechnung 2003 weise Sozialhilfekosten von Fr. 8,7 Mio. aus. Die Rechnung 2009 weise Sozialhilfekosten von Fr. 15,3 Mio. aus. Der interkantonale Vergleich zeige, dass Langenthal mit 6,2% eine überdurchschnittlich hohe Sozialhilfequote aufweise. Im Gesamtkanton liege die Sozialhilfequote bei 4%. Auch dürfe auf den doch hohen Ausländeranteil bei den Sozialhilfebeziehenden der Stadt Langenthal verwiesen werden. Im Gesamtkanton liege er bei 37% - was im Vergleich mit anderen Kantonen bereits relativ viel sei - und in Langenthal liege er mit 47% noch einmal deutlich höher.

Er habe sich sehr gefreut, dass Herr Gemeinderat Reto Müller die Idee als sehr gut bezeichnet habe, was ihm die Möglichkeit gebe, seine Ausführungen etwas knapper zu halten und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Herr Gemeinderat Reto Müller habe Recht, die Idee als gut zu bezeichnen. Auch dessen Feststellung, dass die Idee nicht neu sei, treffe zu. Obwohl die Idee nicht neu sei, sei deren Umsetzung aber um so wichtiger.

Der Grundgedanke sei ganz einfach: Bevor eine Person von der Öffentlichkeit Sozialgeld erhalte, soll sie dafür arbeiten. Dieses Vorgehen beinhalte zwei Komponenten. Zum Einen gehe es um die Abschreckung derjenigen, die lieber Sozialgeld beziehen als zu arbeiten. Zum Anderen gehe es um Arbeitsintegration, was in der öffentlichen Diskussion oftmals untergehe. Mit einem obligatorischen Arbeitseinsatz für Sozialhilfebeziehende werde nebst der Beschäftigung auch eine Tagesstruktur und letztendlich auch Würde vermittelt. Im Rahmen des Pilotprojektes der Stadt Bern sei eine Umfrage unter den Programmteilnehmenden durchgeführt worden. Fast alle der Befragten hätten gesagt, zu Beginn skeptisch gewesen seien, dann aber doch gemerkt zu haben, etwas zurückzuerhalten (Tagesstruktur und das Bewusstsein gebraucht zu werden). Die Öffentlichkeit sage damit, dass alle Menschen - auch Sozialhilfe beziehende Menschen - gebraucht werden, womit den Betroffenen wichtige Wertschätzung entgegengebracht werde. Der Gedanke der Arbeitsintegration sei sehr wichtig. Das Projekt schiesse nicht über's Ziel hinaus, weil es für Personen mit Betreuungspflichten oder arbeitsunfähige Personen selbstverständlich nicht gelte.

Herr Gemeinderat Reto Müller habe den Erfolg des Projektes in Winterthur bereits dargestellt, wonach ein investierter Franken mehr als 4-fach zurückkomme, was für sich spreche.

Obwohl die Idee als gut befunden worden sei, wolle der Gemeinderat das Postulat nicht erheblich erklären, was doch etwas erstaune. Er finde es falsch, mit dem Denken aufzuhören, nur weil auf Stufe des Kantons bereits "etwas gehe". Bisher sei dieses Vorgehen im Stadtrat auch nicht die Regel gewesen. Auch wenn beim Kanton bereits "etwas gehe" gelte es nach wie vor zu überlegen, welches die beste Lösung für die Stadt Langenthal sei. Es sei seiner Meinung nach schlicht falsch, so zu tun, als ob auf kantonaler Ebene bereits alles vorgegeben wäre. Der Regierungsrat habe in seiner Antwort zum bereits erwähnten Postulat der EVP-Grossräte Messerli und Gasser doch relativ viele Vorbehalte gemacht. Der Vorstoss sei als Postulat entgegen genommen aber bis heute nicht umgesetzt worden. Dementsprechend sei im letzten November noch einmal ein Vorstoss eingereicht worden, weil es alles andere als sicher sei, dass diese von allen Seiten als gut bezeichnete Idee tatsächlich auch umgesetzt werde.



## Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

Falls die Idee umgesetzt werde, werde die Umsetzung nicht so ablaufen, dass der Kanton jeder Gemeinde ein solches Beschäftigungsprogramm zahle. Vielmehr werde es so sein, dass der Kanton den Gemeinden oder den Gemeindeverbänden Angebote bereitstellen werde. In diesem Moment werde die Stadt Langenthal so wie so zu prüfen haben, ob das Angebot für sie Sinn mache. Statt mit dieser Frage wieder Zeit zu verlieren, indem eine Prüfung irgendwann dann erfolge, wenn der Kanton handle, wäre es im Sinne von "gouverner c'est prévoir" vielleicht gescheiter, bereits jetzt zu prüfen.

Persönlich habe er den Eindruck, dass der Gemeinderat das Wesen eines Postulates nicht verstehe. Es gehe hier und heute nicht darum, bereits eine 100%-ige Umsetzung zu fordern. Heute es darum zu sagen, ob die Idee grundsätzlich gut befunden werde oder nicht. Die Frage der Umsetzung eines Postulat stelle sich erst später und nach erfolgter Prüfung, die dann durchaus zum Schluss führen könne, dass das Anliegen zwar gut sei, aber mit der Umsetzung abgewartet werden soll, bis sich allenfalls auf kantonaler Ebene (Stichwort: Lastenausgleich) die Bedingungen geändert haben. Man sei also heute nicht gezwungen, zu den von Gemeinderat Reto Müller erwähnten Kosten, Ja zu sagen. Im Gegenteil, mit der Erheblicherklärung des Postulats könnte die Situation im Hinblick auf eine Änderung der kantonalen Grundlagen geprüft werden - falls sie geändert werden - um dann sofort loslegen zu können.

Er bitte um Unterstützung des erfolgsversprechenden Anliegens.

**Beatrix Greber, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion folge dem Vorschlag des Gemeinderates, das Postulat nicht erheblich zu erklären einstimmig, unterstütze aber trotzdem die Haltung, dass Arbeit wichtiger als Sozialhilfe sei. Jeder selber verdiente Franken sei mehr wert als ein erhaltener.

Aus eigener beruflicher Erfahrung müsse sie feststellen, dass sich das Verhalten gegenüber der Sozialhilfe verändert habe. Vor einigen Jahren haben in Not geratene Menschen aufgefordert werden müssen, sich doch von der Sozialhilfe helfen zu lassen. Die Scham der Menschen von öffentlichen Geldern leben zu müssen, sei sehr oft gross gewesen. Heute werde es als selbstverständlich erachtet, ein Recht auf Sozialhilfe zu haben.

In der Schweiz bestehe ein gutes, solides Sozialsystem, das tatsächlich Dankbarkeit und Wertschätzung verdiene. Nicht zu vergessen sei auch, dass Jemand für das Geld arbeite, da es in den Sozialämtern keine Gelddruckereien gebe. Für viele Menschen sei die Sozialhilfe eine grosse Hoffnung. Die allermeisten würden - wenn sie könnten - viel lieber arbeiten. Die Fachpersonen des Sozialamtes würden mit diesem Bewusstsein arbeiten. Die SP/GL-Fraktion danke den Sozialarbeitern für ihre sorgfältigen Abklärungen, Beratungen, Unterstützungen und die Geduld.

Der Schweiz gehe es gut, wenn es den Schwächsten gut gehe. Diese Meinung werde von prominenten Leuten geteilt.

**Beatrice Lüthi, FDP/jll-Fraktion:** In der FDP/jll-Fraktion habe eine lange Diskussion über den Vorstoss stattgefunden. Die Idee an sich sei als gut und prüfenswert befunden worden. Mit dem Vorstoss werde ein aktuelles Thema aufgegriffen, auch wenn die Idee nicht neu sei. Die FDP/jll-Fraktion habe in diesem Sinne Sympathie für das Postulat, welches im Maximum wahrscheinlich die Organisation und Bewirtschaftung der Problematik anbieten könnte. Die FDP/jll-Fraktion habe sich die Frage gestellt, ob das im Kanton Bern bereits Laufende etwas sei, das nachgeahmt werden soll. Die Ausgaben und Einnahmen der auf Stufe und in der Kompetenz des Kantons laufenden Pilotversuche seien lastenausgleichsberechtigt. Auch würden entsprechende kantonale Vorstösse vorliegen. Mit der am 30. November 2010 vom SVP-Gross-Rat Ueli Studer, Niederscherli eingereichten Motion mit dem Titel "*Selbsthilfe vor Sozialhilfe*", liege ein Vorstoss vor, der ihres Wissens vom Regierungsrat noch nicht beantwortet worden sei.

Die FDP/jll-Fraktion sei zur Meinung gelangt, dass Langenthal letztlich zahlen aber nicht eigentlich davon profitieren würde, weil die Aufgabe in den Kompetenzbereich des Kantons falle. Wie von Gemeinderat Reto Müller erwähnt, würde das voraussichtlich Kosten von über Fr. 200'000.00 pro Jahr bedeuten. Persönlich habe sie sich vom Vorsteher des Finanzamtes informieren lassen, dass in Winterthur, wo das Projekt "Passage" schon länger laufe, ein anderes System zur Anwendung komme, weil im Kanton Zürich der Lastenausgleich offenbar nicht spiele und die Gemeinde deshalb direkt profitiere.



## Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

Die FDP/jll-Fraktion vertrete grossmehrheitlich die Meinung, dass im Moment kein Grund bestehe auf Stufe Gemeinde vorzupreschen. Die FDP/jll-Fraktion wolle lieber die Evaluation abwarten und sich dann, wenn die Rahmenbedingungen klar seien, in eine kantonale Lösung einklinken. Die FDP/jll-Fraktion finde es zudem sinnvoller, wenn auch die Probleme der Verdrängung (beispielsweise Umzug nach Aarwangen) auf Stufe des Kantons gelöst werden.

Die FDP/jll-Fraktion habe materiell gesehen Sympathie für das Anliegen, werde das Postulat aber grossmehrheitlich ablehnen.

**Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion:** Die überwiegende Mehrheit der Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger sei auf finanzielle Unterstützung angewiesen und erhalte diese Hilfe zu Recht. Leider gebe es vereinzelt immer wieder Personen, die das Angebot ausnützen, aber zu Arbeitseinsätze fähig wären. Die Situation von neu in die Sozialhilfe eintretenden Bezügerinnen und Bezüger sei darum umfassend abzuklären. Aus Sicht der EVP/glp-Fraktion werde dies vom Langenthaler Sozialamt sehr kompetent und seriös durchgeführt, so dass Missbrauchsfälle die Ausnahme seien.

Das Postulat könnte bei den wenigen Missbrauchsfällen durchaus ein Ausnützen verhindern, wie das Beispiel der Stadt Winterthur zeige. Zudem könne mit Arbeit eine Tagesstruktur geschaffen und der Wert von Arbeit an und für sich aufgezeigt werden.

Gleichwohl unterstütze die Mehrheit der EVP/glp-Fraktion das Postulat, welches sich auf die Stadt Langenthal beziehe, aus drei Gründen nicht:

- Die EVP/glp-Fraktion bevorzuge eine einheitliche kantonale Lösung. Der Knackpunkt liege in der Umsetzung, indem sich beispielsweise die Frage stelle, ob abgewiesene Sozialhilfearbeiterinnen und -arbeiter nicht einfach den Wohnort wechseln würden.
- Das Schaffen von künstlichen Arbeitsplätzen verursache der Stadt zusätzliche Kosten, die sehr hoch ausfallen könnten. Ebenso müsste eine grosse Anzahl an Arbeitsplätzen generiert werden, was wiederum Arbeitsstellen konkurrenzieren könnte.
- Mit der Institution PVB maximum verfüge die Stadt Langenthal über ein Privileg.

Eine Minderheit der EVP/glp-Fraktion gebe dem Postulat eine Chance, damit eine gangbare Umsetzungsmöglichkeit geprüft und gefunden werden kann und weil die Erheblicherklärung schliesslich nur einen Prüfungsauftrag auslöse, wobei aber ganz klar eine gemeindeübergreifende Lösung gefunden werden müsse.

**Gemeinderat Reto Müller:** Klar gehe aus den Budgetzahlen hervor, dass die Sozialhilfekosten in Langenthal explodiert seien. Dabei gelte es aber zu bedenken, dass sich die Gemeinde Lotzwil (mit rund 100 zusätzlichen Fällen) dem Sozialamt Langenthal angeschlossen habe. Dieser Zusammenschluss sei nicht ganz spurlos an den Budgets der Stadt Langenthal vorbeigegangen und wirke sich in Bezug auf den Lastenausgleich auch entsprechend aus.

Das Volk habe diversen Revisionen zur Sanierung der Arbeitslosen- und Invaliditätsversicherungskasse zugestimmt, womit sich doch die Frage stelle, wo ausgesteuerte Personen hinkommen, wenn sie ausgesteuert seien. Die Antwort darauf laute, dass sich rund 90% dieser Personen an das Sozialamt wenden müssen.

Die Thematik sei auch in Bezug auf die Statistiken sehr komplex. Er wiederhole deshalb seinen Aufruf, sich bei allfälligen Fragen bei ihm zu melden, um sich die verschiedenen Gründe, die zur Kostensteigerung geführt haben, erklären zu lassen. Aus dem Bericht *"Kontrolle der Kosten in der individuellen Sozialhilfe, Jahre 2007, 2008 und 2009"* der Gesundheits- und Fürsorgedirektion vom November 2010 gehe zudem heraus, dass die Sozialhilfefälle nicht enorm zugenommen haben. Der Vergleich der Jahre 2007 bis 2009 zeige einen Fallrückgang von 2% sowie tiefere Nettokosten pro Fall - wogegen die Bruttokosten höher seien.

Er entschuldige sich dafür, mit seinen Äusserungen den Eindruck erweckt zu haben, dass der Gemeinderat das Wesen eines Postulates nicht verstehe. Seine zuweilen auf eine allfällige Umsetzung ausgerichtete persönliche Ausdrucksweise lasse vielleicht manchmal vermuten, dass eine Prüfung bereits erfolgt sei.



# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

Der Aussage, die Thematik im Sinne von "gouverner c'est prévoir" vielleicht gescheiter bereits jetzt zu prüfen, halte er entgegen, dass es natürlich möglich sei, eine Prüfung durchzuführen, um zu klären, allenfalls Kosten des Kantons übernehmen zu wollen. Der Kanton hätte gewiss auch nichts gegen eine freiwillige Übernahme von Kosten in anderen Bereichen. Der Gemeinderat erachte diese Vorgehensweise jedoch als systemfremd und lehne sie ab. Ausserdem würde damit dem Kanton die Bereitschaft signalisiert, die Kosten übernehmen und auf die Lastenausgleichsberechtigung verzichten zu wollen, womit der Nutzen und die Einsparung von Fr. 4.15 pro investierten Franken verloren ginge. Allenfalls würde mit diesem Vorgehen vielleicht auch ein gewisser Prozentsatz an Personen aus Langenthal vertrieben. Da damit das Problem aus Sicht des Kantons nicht gelöst wäre, stelle es auch für den Gemeinderat keine Lösung dar.

Langenthal habe andere Probleme zu lösen oder aber diese als Probleme der heutigen Gesellschaft zu akzeptieren:

- In Langenthal werde jedes 10. Kind - zumindest teilweise - von der Sozialhilfe unterstützt
- 60% der Sozialhilfebeziehenden in Langenthal verfügen über keine Ausbildung
- 50% der unterstützten Personen seien unter 25 Jahren alt
- 29% der unterstützten Personen seien erwerbstätig
- 37% der unterstützten erwerbstätigen Personen seien voll erwerbstätig. Das heisse, dass 17% der erwerbstätigen Personen trotz einer 100% Beschäftigung kein über das Existenzminimum hinausreichendes Einkommen erzielen.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 25 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2010: "Zuerst Arbeit, dann Sozialhilfe - für einen obligatorischen Arbeitseinsatz von Sozialhilfebezügern" wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 6. Postulat Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2010: Bring- und Holtag - tauschen statt wegwerfen; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Heute tage wohl der Stadtrat der "Ideen", da das Wort "Idee" heute schon mehrfach gefallen sei. Persönlich sei er überzeugt, dass die Hauptpersonen im szenischen Spiel, die Herren Dennler und Mumenthaler, auch künftig genügend Gesprächsstoff haben werden, wenn sie vom Himmel auf Langenthal herunterblicken. Er danke dem Stadtratspräsidenten Roland Christen für die Idee, dem Parlament anlässlich der 1150-Jahr Feier wieder einmal den Spiegel vor Augen zu führen.

Auch das Postulat basiere auf einer einleuchtenden und sympathischen Idee: tauschen statt weg zu werfen. Trotzdem und aus zwei Hauptgründen stelle der Gemeinderat auch beim vorliegenden Postulat den Antrag zur Ablehnung:

- Der Gemeinderat beurteile die Idee weder als falsch noch ungeeignet, er habe sich aber überlegt, dass die Idee nicht in einer Entsorgungsaktion enden dürfe.
- Der Gemeinderat vertrete die Auffassung, dass die Durchführung solcher Aktionen nicht zur öffentlichen Aufgabe gehöre und dass damit auch keine weitere Gemeindeaufgabe übernommen werden soll.

Der gute Teil der Idee werde bereits mannigfach umgesetzt. Auch in Langenthal würden Angebote bestehen, die dieser Idee bereits nachleben. In Langenthal gebe es drei professionell geführte Brockenhäuser, wovon eines sogar als alt-ingesessen bezeichnet werden könne. Die Brockenhäuser nehmen nach Vornahme einer bestimmtem Triage (Qualitätsbeurteilung) Waren entgegen. Zudem seien sie auch transportmässig in der Lage, das Tauschgeschäft von Möbeln, Kleidern, Werkzeug, Haushaltartikel etc. zu unterstützen.

Wie im Postulat erwähnt sei, gebe es in Langenthal bereits eine Velobörse. Im Zusammenhang mit Fahrzeugen gelte es auch den Bereich der Automobilbranche nicht ausser Acht zu lassen, da jeder Occasionsmarkt die Möglichkeit biete, Fahrzeuge einzutauschen und diese damit wieder zu verwerten. In Langenthal werde auch eine Ludothek betrieben, in der Spielwaren geholt werden können. In Langenthal werden auch Flohmärkte organisiert. Weit über das städtische Angebot hinaus gebe es zudem mittlerweile Internetbörsen wie "eBay.ch" und "ricardo.ch". All diese erwähnten Sachen/Märkte seien privatwirtschaftlich organisiert. Zudem bestehe deren Angebot ständig und nicht nur ein oder zwei Mal pro Jahr.

Der Bring- und Holtag im Sinne des Postulats würde an einem festgelegten Tag im Jahr- allenfalls in Anlehnung an die Velobörse - stattfinden. Bei genauerer Betrachtung müsste dieser Tag sicher auf einen Samstag gelegt werden, womit der Einsatz von städtischem Werkhofpersonal nebst dem Winterdienst- und den Reinigungsarbeiten an den Wochenenden, einmal mehr gefragt wäre.

Der Gemeinderat befürchte, dass sich aus dem Bring- und Holtag eine Entsorgungsaktion zulasten der Stadt ergeben würde. Es dürfe bezweifelt werden, dass wer etwas brauche und bewusst danach suche, fündig würde. Dementsprechend würde am Abend ein grosser Berg an Waren zurückbleiben, die keinen Abnehmer gefunden haben.

Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass andere Städte diese anspruchsvoll zu organisierende Dienstleistung anbieten, lehne es aber ab, es diesen gleichzutun, weil die Umsetzung dieser nach wie vor sympathischen Idee keine städtische Aufgabe sei. Die Idee könnte von jemand anderem aufgegriffen und wie im Fall der Velobörse mit einer allfällig von der Stadt zur Seite gestellten Hilfeleistung organisiert werden.



## Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

**Samuel Köhli:** Mit der Beantwortung des Postulats sei er nur zur Hälfte zufrieden. Dass der Gemeinderat das Anliegen, einen Bring- und Holtag einzuführen, sympathisch finde, freue ihn.

Beim Bring- und Holtag gehe es auch um die Entsorgungsfrage im Sinne des Abfallreglementes der Stadt Langenthal und somit nicht nur um ein sympathisches Anliegen:

- Gemäss Art. 3 des Abfallreglementes habe die Stadt Massnahmen zur Vermeidung von Abfall zu fördern. Der Bring- und Holtag wäre genau eine Massnahme, die zur Vermeidung von Abfällen beitragen würde.
- Gemäss Art. 4 habe die Stadt die Bevölkerung über Abfallfragen, namentlich über die Möglichkeiten zur Vermeidung, Verminderung und Verwertung von Abfällen, zu informieren. Der Bring- und Holtag würde der Fachstelle für Umwelt und Energie eine hervorragende Präsentations- und Informationsplattform bieten.
- Gemäss Art. 5 könne sich die Stadt an den Kosten von Massnahmen für eine rohstoff- und umweltgerechte Abfallentsorgung beteiligen. Das sympathische Anliegen des Bring- und Holtages könnte und dürfte somit von der Stadt unterstützt werden.

Da der Bring- und Holtag auch eine Entsorgungsfrage im Sinne des städtischen Abfallreglementes betreffe, sei dessen Durchführung eine städtische Aufgabe oder könnte sie sein.

Das Argument, dass ein Bring- und Holtag die Brockenstuben konkurrenzieren könnte, sei gesucht. Im Gegenteil, da genau diese Institutionen an der Durchführung solcher Anlässe interessiert sein könnten. Die Stadt könnte auch gemeinnützige Institutionen bei der Durchführung solcher Anlässe unterstützen, womit der allfällige Erlös ganz sicher wiederum einer Gemeinnützigkeit zu Gute käme.

Dass der Gemeinderat ein solches Anliegen mit einem zweizeiligen Kommentar in den Unterlagen abtue, zeige den Stellenwert, den die Fachstelle Umweltschutz und Energie gegenwärtig in Langenthal einnehme. Dieses Vorgehen sei gefährlich, da auch die Langenthaler langsam bemerken, was es heisst auf Altlasten (Beispiele: Burrigrube, Schorenwaldgrube, alter Schützenstand beim Hirschpark) zu sitzen. Die nächste Generation werde vielleicht nicht unsere Abfälle zu entsorgen haben, sie werde aber merken müssen, dass alle Rohstoffe endlich seien. Damit die nächste Generation nicht unter dem heutigen Überfluss leiden müsse und dafür zu büssen habe, liege es an der Stadt die Öffentlichkeit zu informieren. In diesem Sinne hoffe er, dass das Postulat auf grosse Zustimmung stosse.

**Christoph Kuert, FDP/jll-Fraktion:** Die gut gemeinte Idee des Stadtratskollegen Samuel Köhli sei in Ehren zu halten und doch könne die Stadt Langenthal Organisationen wie die Brockenstuben des Hiobs oder der Heilsarmee nicht konkurrenzieren. Die Nische, in der sich der Hol- und Bringtag bewege, sei durch die Brockenstuben ausgefüllt. Keine dieser Institutionen, die alle offenbar auch eine nachhaltige und soziale Funktion erfüllen, habe sich bis anhin durch einen übermässigen Gewinn einen Namen gemacht. Die FDP/jll-Fraktion sehe in diesem Bereich keinen öffentlichen Handlungsbedarf und lehne das Postulat deshalb bis auf eine Stimmenthaltung (seine eigene) fast einstimmig ab.

**Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion:** Auch die EVP/glp-Fraktion finde die Idee von Stadtrat Samuel Köhli sehr sympathisch und vom Prinzip her sehr sinnvoll. Nur erachte auch die EVP/glp-Fraktion eine solche Institution nicht als eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Auch die EVP/glp-Fraktion weise auf die bereits vom Gemeinderat erwähnte Gefahr der günstigen Entsorgungsmöglichkeit hin. Die EVP/glp-Fraktion vertrete die Meinung, dass eine private Organisation oder ein Verein den Anlass analog der Velobörse übernehmen sollte. In diesem Sinne folge die EVP/glp-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates und lehne die Erheblicherklärung des Postulats einstimmig ab.

**Ralph Burlon, SVP-Fraktion:** Im Namen der SVP-Fraktion schliesse er sich den Voten der beiden Vorrednern an. Auch die SVP-Fraktion erachte die Organisation eines solchen Anlasses als keine Aufgabe der öffentlichen Hand. Die SVP-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderates und lehne die Erheblicherklärung des Postulats ab.



# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

## III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 24 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2010: Bring- und Holtag - tauschen statt wegwerfen wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 7. Postulat Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2010: Standortbestimmung zur "kinderfreundlichen Gemeinde"; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Reto Müller:** Ist Langenthal kinderfreundlich? Wo spricht Langenthal die Jugend und die Kinder an? Wo darf diese Bevölkerungsschicht in der heutigen Gesellschaft partizipieren? Wo bleiben sie bewusst oder unbewusst ausserhalb oder auch unbelastet? Stadträtin Nathalie Scheibli rege mit vorliegendem Postulat an, solche und weitere Fragen zu beantworten, um eine Standortbestimmung gemäss dem Angebot der unicef (Fr. 2'000.00) vornehmen zu können. Mit der Klärung der Fragen würden die Bereiche Verwaltung, Bildung, familien- und schulergänzende Betreuung, Kinder- und Jugendschutz, Gesundheit, Freizeit, Wohnen, Wohnumfeld und Verkehr in Bezug auf die Kinderfreundlichkeit näher durchleuchtet.

Der Gemeinderat scheue eine solche Standortbestimmung nicht, weil er der Meinung sei, dass Langenthal eine kinderfreundliche Stadt mit einem umfassenden Angebot sei. Das Angebot beinhalte und bestehe aus Leistungen von Privaten, insbesondere auch von Vereinen (Tageselternverein, Kinderkrippe, Zauberalterne etc.) sowie aus Leistungen der Stadt (mit der gesamten schulischen Bildung, der Bibliothek etc.). Auch das Thema Kinder- und Jugendschutz werde im städtischen Sozialamt stets und hoch beachtet. Der Verantwortung diesbezüglicher Gefährdungsmeldungen seien sich wohl alle bewusst. Im Bereich des Jugendalters könne sogar auf ein bestehendes Jugendleitbild mit ausgearbeitetem Massnahmenplan - der allerdings nicht umgesetzt sei - hingewiesen werden.

Bei Betrachtung der aufgezählten Punkte stelle sich die von der Politik zu beantwortende Frage, ob eine Prüfung der Belange im Sinne des Postulats verhältnismässig sei. Der Gemeinderat sage Ja zur Prüfung, weil er sicher sei, dass Langenthal kinderfreundlich sei und dies auch bleiben wolle. Die Entscheidung wie weit die Kinderfreundlichkeit attestiert oder allenfalls erweitert und von der unicef plakatiert werden wolle, überlasse der Gemeinderat dem Stadtrat.

**Nathalie Scheibli, SP/GL-Fraktion:** Sie freue sich, dass der Gemeinderat das Postulat zur Erheblicherklärung empfehle und danke Gemeinderat Reto Müller für die entsprechenden Ausführungen. Im Übrigen sei auch sie davon überzeugt, dass Langenthal schon über ein grosses Angebot verfüge.

Die SP/GL-Fraktion unterstütze das Postulat einstimmig, weil Familien- und Bildungsfragen im Zentrum des politischen Wirkens der SP/GL-Fraktion stehen. Wer die Parteiprogramme und die Legislaturziele auf den Homepages der verschiedenen Parteien konsultiere, stelle fest, dass die Familienfreundlichkeit oder die Attraktivität für die Jugend überall erwähnt sei. Auch die Bildung werde von allen Parteien stark gewichtet, indem klar Farbe bekennt werde, sich für das Bildungszentrum Langenthal einzusetzen.

Die Standortbestimmung von unicef solle aufzeigen, wo die Politik ihre Aufgabe bezüglich Kinderfreundlichkeit gut gemacht habe. Wie Gemeinderat Reto Müller bereits erwähnt habe, sei in diesem Bereich in den letzten Jahren Einiges passiert:

- Ressort Bildung: Zahlreiche Vorlagen seien zu Gunsten der Kinder (Beispiel: Tagesschule) überwiesen worden, die zum Teil schon kurz vor dem Abschluss stehen (Beispiel: ict4kids). Zudem habe BELLAngenthal mit der Ausarbeitung des Spielplatzkonzepts ein für Eltern brauchbares Papier (Faltblatt) geschaffen.
- Ressort Soziales: Die Jugendarbeit habe ihr Angebot erweitern können und mit dem gegenwärtig mit Profilen bezeichneten Umbau der Schülertagesstätte, könne das Betreuungsplatzangebot erweitert werden.
- Ressort Bau: Das ehemalige KV-Schulhaus sei zur Bildungsstätte ausgebaut worden. Die Sanierung der Kreuzfeldschulhäuser stehe vor der Tür.



## Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

- Das Ressort Kultur und Sport unterstütze zahlreiche Sport- und Kulturvereine zur Förderung deren Kinder- und Jugendangebote. Die Musikschule und die Bibliothek haben in den letzten Jahren auch Angebote für Kleinkinder geschaffen.

Obwohl dies alles sehr gut töne, sei sie persönlich überzeugt, dass mittels einer Standortbestimmung noch blinde Flecken aufgedeckt werden könnten. Mit der Standortbestimmung könnte aufgezeigt werden, wo der Gemeinderat in der zweiten Legislaturhälfte in Bezug auf Familien und Kinder noch aktiv werden sollte. Ob das Label für eine kinderfreundliche Gemeinde später angestrebt werden soll oder nicht, hänge von der Entscheidung des Gemeinderates ab.

Tiefe Steuern würden ihrer Meinung nach für Familien mit Kindern nicht an erster Stelle stehen, um nach Langenthal zu ziehen. Für Familien seien nebst einem guten Arbeitsplatz, die Bildungsangebote, die Verkehrssicherheit, das attraktive Naherholungsgebiet und das vielseitige Betreuungs- und Freizeitangebot wichtiger.

**Michèle Rentsch-Ryf, EVP/glp-Fraktion:** In der Tat habe Langenthal Familien mit Kindern viel zu bieten, womit Langenthal für Familien attraktiv sei. Mit dem anerkannten Label der unicef liesse sich die gute Situation bescheinigen und wäre im Sinne einer Belohnung sicher verdient. Der EVP/glp-Fraktion sei es aber auch wichtig, dass letztendlich die Verhältnismässigkeit in Bezug auf die Kosten und den Nutzen einer Prüfung gewährleistet sei. Wenn die Verhältnismässigkeit nicht gegeben sei, sei es sinnvoller auf das Label zu verzichten und die damit eingesparten Mittel alle paar Jahre zum Beispiel für Spielplätze oder etwas anderes, das den Kindern effektiv und unmittelbar zu Gute komme, zu verwenden. Insgesamt sei die EVP/glp-Fraktion aber an der Prüfung des Anliegens interessiert und unterstütze das Postulat einstimmig.

**Florinda Walkamm-Mauricio, FDP/jll-Fraktion:** Langenthal habe nebst dem Jugendleitbild auch ein Altersleitbild. Darum mache es sicher Sinn, sich im Bereich von Angeboten für Kinder ebenfalls einen Überblick zu verschaffen. Wer schon einmal in einem entsprechenden Projekt mitgewirkt habe, wisse, dass am Anfang eine Bestandesaufnahme gemacht werden müsse. Die unicef biete zu einem vernünftigen Preis (Fr. 2'000.00) ein Modul für die Erfassung und die Auswertung des bestehenden Angebots an. Die Mehrheit der FDP/jll-Fraktion sei der Meinung, dass dieses Angebot genutzt werden sollte. Eine spätere Auszeichnung "kinderfreundliche Gemeinde" werde von der FDP/jll-Fraktion jedoch weder angestrebt noch würde sie eine entsprechende Antragstellung unterstützen.

**Armin Flükiger, SVP-Fraktion:** Der Start zur heutigen Sitzung sei gelungen. Persönlich aber auch im Namen der SVP wünsche er dem neuen Stadtratspräsidenten gute Sitzungen, Freude und Motivation in seinem Amt.

Der Begründungstext des Postulats enthalte eine lange Liste, worin aufgezählt sei, was in Langenthal für Kinder und Jugendliche bereits alles gemacht werde. In den Regierungsrichtlinien 2009 - 2012 des Gemeinderates seien unter den Themen Freizeitgestaltung und Bildung weitere Umsetzungspunkte zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen aufgeführt. Die SVP-Fraktion unterstütze Kinder gemäss ihren Leitzielen und Aussagen in verschiedenen Bereichen. Die SVP-Fraktion benötige daher keine zusätzlichen Standortbestimmungen und werde auch das später mit Bestimmtheit zur Diskussion stehende Label ablehnen. In der SVP-Fraktion herrsche Einigkeit, dass mit den bisher gelebten Tätigkeiten für Kinder und Jugendliche auch ohne zusätzliche Überprüfung von einer kinderfreundlichen Stadt Langenthal gesprochen werden könne. Aus diesen Gründen werde die SVP-Fraktion dem Postulat nicht zustimmen.

**Rudolf Lanz:** Die Kinderfreundlichkeit sowie die kulturelle Vielfalt der Stadt Langenthal, wofür allen Kulturschaffenden Dank gebühre, sei sehr begrüssenswert. Persönlich spreche er sich auch für ein umfassendes Sportangebot der sportbegeisterten und sportfreundlichen Stadt Langenthal aus. Auch stehe er Pate für eine tierfreundliche Stadt und weil er sehr gerne Hunde habe, wäre er auch froh, wenn Langenthal eine hundefreundliche Stadt wäre. Auch Velo fahre er gerne und wäre deshalb erfreut, wenn Langenthal eine velogerechte Stadt wäre. In diesem Zusammenhang würden sich ihm folgende Fragen stellen:



# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

- Ist es notwendig, als kulturgerechte und kulturliebende Stadt oder als sportfördernde Stadt oder als hundegeeignete Stadt etc. mit einem entsprechenden Label ausgezeichnet zu werden?
- Will die Stadt Langenthal neben den externen Kontrollstellen im Finanzbereich wirklich noch weitere Kontrollstellen, die sie beaufsichtigen?
- Will sich Langenthal wirklich in ihrer Gemeindeautonomie freiwillig noch mehr einschränken lassen?
- Braucht Langenthal vermehrten Administrativaufwand und externe Kosten?

Natürlich brauche die Stadt Langenthal dies alles nicht. Langenthal sollte vielmehr Stolz darauf sein, was sie alles habe.

Als Vertreter der Minderheitsmeinung der FDP/jll-Fraktion schlage er vor, das Postulat abzulehnen.

**Stefan Ryser:** Dass Kinder mit Velos und Hunden verglichen werden, löse beim ihm nicht nur Verwunderung und Unverständnis aus, sondern es gehe im schlicht zu weit. Ausserdem weise er darauf hin, dass mit der Erheblicherklärung des Postulats kein Label vorliege, sondern, dass damit der Auftrag erteilt werden könnte festgefahrene oder andere Ideen in verschiedene Richtungen zu prüfen und zu überdenken. Er persönlich werde das Postulat deshalb unterstützen.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Ja gegen 11 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Das Postulat Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2010: Standortbestimmung zur "kinderfreundlichen Gemeinde" wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 8. Interpellation Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2010 betreffend Entscheid der kantonalen Baudirektion zum Baugesuch der islamischen Glaubensgemeinschaft; Beantwortung<sup>1</sup>

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Im Namen des Gemeinderates nehme er zu den zwei in der Interpellation gestellten Fragen mündlich Stellung:

Gegen die am 20. September 2006 erstmals erteilte Baubewilligung sei Beschwerde geführt worden. Die Beschwerde habe am 10. April 2007 nicht zu einer Verwerfung der Bewilligung, sondern zur von der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern (BVE) verfügten Rückgabe des Geschäftes mit dem Auftrag, Zusatzabklärungen zu treffen, geführt. Die zusätzlichen Abklärungen hätten in der Folge relativ viel Zeit in Anspruch genommen (2 Jahre).

Am 30. Juni 2009 sei die Baubewilligung ein zweites Mal erteilt worden. Auch gegen diese Bewilligung sei Beschwerde geführt worden. Rund 13 Monate später, am 20. September 2010, sei der Entscheid der BVE vorgelegen, wonach in einem Punkt der Bauabschlag erteilt und in einem anderen Punkt der Bauentscheid aber gestützt worden sei.

Die grosse Zeitspanne (von der Gesuchseinreichung bis heute) zeige, dass keine unsorgfältige Bearbeitung stattgefunden habe. Die Bearbeitung sei wie immer entsprechend den baugesuchsrelevanten Fakten seriös und sorgfältig erfolgt. In diesem Zusammenhang verweise er auf die Verwaltungsberichte, worin dokumentiert sei, dass in Langenthal (von 2007 - 2009 und den Gesuchszahlen 2010) total 527 Baubewilligungen erteilt oder Bauentscheide eröffnet worden seien.

Im vorliegenden Fall sei mit dem Bauabschlag der BVE lediglich ein Punkt des Entscheides der Stadt Langenthal aufgehoben worden. Eine weitere Beschwerdesituation sei im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens der Heilpädagogischen Tagesschule (HPS) entstanden. In diesem Fall sei allerdings im Sinne der Stadt Langenthal entschieden worden.

Ohne noch weiter auf einzelne Punkte einzutreten, versichere er, dass die Stadt Langenthal Baugesuche weiterhin in Anwendung kommunaler, kantonaler und bundesrechtlicher Bauvorschriften sorgfältig prüfen und wenn möglich bewilligen werde. Letztendlich und als Nichtjurist erlaube er sich auf den alten Spruch *"zwei Juristen, drei Meinungen"* hinzuweisen.

**Patrick Freudiger:** Sein Votum werde kurz ausfallen, weil es nicht möglich sei, in gebotener Länge zur lediglich mündlichen Antwort des Gemeinderates Stellung zu beziehen. Auch die Stellungnahme in den Akten sei etwas gar kurz ausgefallen und entspreche seiner Meinung nach dem Motto: *"Ziffer 1: Die Stadt Langenthal macht keine Fehler! Ziffer 2: Macht die Stadt Langenthal Fehler, tritt Ziffer 1 in Kraft!"*

Bei der vorliegenden Interpellation gehe es nicht darum, Stellung zur Minarettfrage zu beziehen. Trotzdem müsse natürlich die Frage erlaubt sein, weshalb jemand einen Turm auf einem Flachdach bauen könne, wenn gemäss Art. 25 des Gemeindebaureglements Dachaufbauten auf Flachdächern verboten seien. Aber dazu werde das hängige Beschwerdeverfahren sicher noch Auskunft geben.

<sup>1</sup> Am 10. November 2010 vom Gemeinderat beantragte und gleichentags vom Stadtratspräsidenten bewilligte aufgeschobene Behandlung der Interpellation



# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

Die in der Interpellation gestellten Fragen beziehen sich allein auf die Vergrösserung der bestehenden Vereins- und Gebetsräumlichkeiten, auf die Fassadensanierung und auf die Erstellung von neuen Nasszellen. Zu all diesen Punkten habe die BVE gesagt, dass das Vorhaben nicht im Einklang mit den baurechtlichen Vorschriften stehe, womit keine politische, sondern eine rein baurechtliche Wahrnehmung an den Tag gelegt worden sei. Demgemäss stelle sich nun aber doch die Frage, warum die BVE in einem derart hochsensiblen Bereich - nachdem sie bereits beim ersten Mal gesagt habe, dass weitere Abklärungen nötig seien, weil der Entscheid ungenügend abgeklärt worden sei - den Entscheid der Vorinstanz (der Stadt Langenthal) erst beim zweiten Mal per Bauabschlag mehrheitlich aufgehoben habe.

Sicher könne gesagt werden, dass Baubewilligungsgesuche in Langenthal im Grundsatz sehr sorgfältig geprüft werden. Mit der Interpellation wolle keine verschärfte Bewilligungspraxis herbei geredet werden. Um zum Nachdenken anzuregen - ohne jemanden dabei falsch beschuldigen zu wollen - weise er unter Verwendung des Konjunktivs darauf hin, dass es fatal wäre, wenn in politisch sehr sensiblen Bereichen plötzlich ein kulanterer Massstab zur Anwendung käme.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die mündliche Beantwortung des Gemeinderates und die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



**9. Interpellation Marti Bernhard (SP) vom 25. Oktober 2010 betreffend Hauswartwohnungen der Schulzentren in Langenthal; Beantwortung<sup>1</sup>**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadratspräsident Roland Christen** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass der Interpellant, Bernhard Marti, auf eine Wortmeldung verzichtet.

**III Abstimmung:**

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2010 zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

<sup>1</sup> Am 10. November 2010 vom Gemeinderat beantragte und gleichentags vom Stadratspräsidenten bewilligte aufgeschobene Behandlung der Interpellation



**10. Interpellation Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2010: Tiebrake ohne Matchwinner (Fragen betreffend den Tennisclub Langenthal [TCL]); Beantwortung**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Urs Zurlinden:** Für die sehr umfangreiche schriftliche Beantwortung seiner Fragen, für deren Menge er sich nachträglich entschuldige, danke er herzlich. Zu hören, dass der Tennisclub Langenthal nach Lotzwil ziehe und nicht in Langenthal an der Zürich-Bern-Strasse eine neue Tennishalle projekte, sei für ihn ein sehr grosses Ärgernis gewesen, zumal dieser Standort ideal für den Bau einer Sportanlage wäre. Dieser Entscheid habe bei ihm grossen Frust ausgelöst und seinerseits nach politischer Aufarbeitung verlangt.

Aus den Antworten des Gemeinderates nehme er zur Kenntnis, dass das Verhalten des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) sehr störend sei. Das AGR habe einen Entscheid gefällt, ohne Kenntnis der Akten gehabt zu haben. Dieses Vorgehen finde er so ziemlich "daneben", da ein Amt, dessen Entscheide auch den Einsprechern bekannt gegeben werden, sich doch zumindest erkundigen sollte, was eigentlich Sache sei.

Das gleiche Amt habe auch gemeint, in die Baureglementierung der Stadt Langenthal reinreden zu können, was - wie er später festgestellt habe - eine Kompetenzüberschreitung gewesen wäre, da eine Gemeinde autonom entscheiden könne, was im Baureglement zu stehen habe. Er nehme deshalb zur Kenntnis, dass sich das AGR nicht zum ersten Mal eigenartig verhalten habe und bitte den Stadtpräsidenten gelegentlich bei diesem Amt vorstellig zu werden, um solche und rechtliche Differenzen - insbesondere bei neuen Projekten - künftig aus dem Weg zu räumen.

**III Abstimmung:**

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2010 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

## 11. Mitteilungen des Gemeinderates

- **Information an den Stadtrat gemäss Art. 71 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009<sup>1</sup> zum Strassenlärm-Sanierungsprojekt nach Art. 13 LSV**

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Am 19. Januar 2011 (Traktandum Nr. 3) habe der Gemeinderat zur Realisierung des Strassenlärm-Sanierungsprojekts einen Investitionskredit von Fr. 4'500'000.00 als gebundene Ausgabe beschlossen. Das Projekt entspreche kantonalen und eidgenössischen Vorgaben und Vorschriften und verpflichte die Stadt Langenthal, Strassenlärm-Sanierungsmassnahmen für ihre Gemeindestrassen vorzunehmen. Der Beschluss werde im Anzeiger Langenthal und Umgebung am 27. Januar 2011 publiziert.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> **Art. 71 Abs. 2 Stadtverfassung**

<sup>2</sup> Der Gemeinderat hat den Stadtrat über von ihm beschlossene gebundene Ausgaben zu orientieren und diese zu publizieren, sofern die Ausgabe, wäre sie neu, seine Zuständigkeit überschreiten würde.



## 12. Eingereichte Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 24. Januar 2011: Anerkennung für die Eltern neugeborener Kinder

Motionstext:

*"Der Gemeinderat wird beauftragt, die erforderlichen rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um den Eltern neugeborener Kinder ein Anerkennungs Geschenk zur Geburt (z.B. Abfallmarken, Gutschein) auszurichten.*

Begründung:

*Im vergangenen Jahr 2010 wurden in der Stadt Langenthal 140 Geburten (110 Schweizer, 30 Ausländer) verzeichnet. Die Geburt eines Kindes ist auch für die Stadt Langenthal ein freudiges Ereignis, zu dem diese die Eltern beglückwünschen und mit einer Anerkennung überraschen sollte. So wie die Neuzuzüger in Langenthal mit einem speziellen Anlass begrüsst werden, so müssten in logischer Konsequenz auch die jüngsten Einwohner in der Stadt Langenthal begrüsst werden bzw. deren Eltern Anerkennung und Wertschätzung erfahren.*

*Was tut die Stadt Langenthal aktuell bei der Geburt eines Kindes?*

*Die Geburt eines Kindes löst in der Verwaltung verschiedene Aktivitäten aus (z.B. Aufnahme ins Einwohnerregister). Daneben erhalten die Eltern neugeborener Kinder in Langenthal auch die Möglichkeit, die Zustellung der Elternbriefe der Pro Juventute während des 1. Lebensjahres auszulösen. Das entsprechende Anmeldeformular erhalten die Eltern über die Mütter- und Väterberatung. Die Stadt Langenthal gewährleistet mit einem finanziellen Beitrag den Versand der Elternbriefe, dieser erfolgt aber direkt durch die Pro Juventute. Die Elternbriefe der Pro Juventute stellen zweifelsohne ein wichtiges präventives Instrument dar, welches die psychische und physische Gesundheit der Eltern und Kinder unterstützt. Sie werden von den Empfängern aber kaum als explizites Zeichen der Anerkennung von Seiten der Stadt Langenthal wahrgenommen.*

*Die Ausrichtung einer Anerkennung für die Eltern neugeborener Kinder ist keine neue Idee:*

- *Bis Ende der 80er-Jahre erhielten Mütter neugeborener Kinder von der Stadt Langenthal einen Beitrag von Fr. 75.00 an die Kosten für die Geburtshilfe. Das entsprechende Reglement wurde per 31. Dezember 1989 aufgehoben, da die Leistung von Beiträgen an die Kosten für die Geburtshilfe zu Recht als nicht mehr zeitgemässe soziale Massnahme taxiert wurde.*
- *Das Langenthaler Parlament war sich aber einig, dass die Eltern neugeborener Kinder in einer anderen Form Anerkennung erfahren sollten: Das erheblich erklärte Postulat der Geschäftsprüfungskommission betreffend Ausrichtung einer Anerkennung an in Langenthal wohnhafte Eltern neugeborener Kinder vom 4. September 1989 und die SP-Motion betreffend Ausrichtung eines Goldvrenelis an die Eltern neugeborener Kinder vom 11. Dezember 1989 (als Postulat erheblich erklärt) hatten zur Folge, dass per 1. Januar 1992 ein «Reglement über die Ausrichtung eines Goldvrenelis an die Eltern neugeborener Kinder» in Kraft gesetzt wurde. Im Rahmen von Sparmassnahmen wurde dieses Reglement per 31. Dezember 2003 ersatzlos aufgehoben und die Ausrichtung von Goldvrenelis eingestellt.*

*Die Ausrichtung einer Anerkennung an die Eltern neugeborener Kinder sollte in zeitgemässer Form zu neuem Leben erweckt werden. Den betreffenden Eltern könnte - zusammen mit einem persönlichen Willkommensgruss und städtischem Informationsmaterial zu familienspezifischen Themen - ein Geschenk in angemessener Form zugeschickt werden, so z.B.:*

- *Abfallmarken (zur Entsorgung der anfallenden Windeln)*
- *Waren- oder Geschenkgutschein (z.B. von der Stadtvereinigung Langenthal)*
- *Gutschein für eine kulturelle Veranstaltung (z.B. im Stadttheater)*
- *Gutschein für Kinderhütendienst bzw. Babysitting*



## Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 24. Januar 2011

*Ein solcher Willkommensgruss für Eltern neugeborener Kinder würde keine grossen Kosten verursachen, gleichzeitig aber von der Bevölkerung als sympathische, herzliche Geste der Wertschätzung wahrgenommen, welche jährlich mehr als 100 Eltern zuteil würde. Die Stadt Langenthal könnte damit ihre Anerkennung der familiären Erziehungs- und Bildungsarbeit zum Ausdruck bringen. Schliesslich würde diese Massnahme das Profil von Langenthal als kinder- und familienfreundliche Wohnstadt stärken."*

*Daniel Steiner und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 13. In eigener Sache

### ■ Öffentliche Informationsveranstaltung zum Projektstart: Konzept für Bewegungsraum und Sportanlagen für die Stadt Langenthal am Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr,

**Stadtratspräsident Roland Christen:** Am 26. Oktober 2010 sei das "*Postulat (umgewandelte Motion) Zur Linden Urs (FDP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2009: Erarbeitung eines Sportstätten-Konzepts und die Ergreifung raumplanerischer Massnahmen*" erheblich erklärt worden. In diesem Zusammenhang finde am Dienstag, 25. Januar 2011 (morgen Abend) um 19.00 Uhr im Singsaal des Schulhauses Kreuzfeld 1 eine öffentliche Informationsveranstaltung statt, wozu die Bevölkerung, die Schulen und die Vereine eingeladen seien.

### ■ Apéro-Einladung des Stadtratspräsidenten Roland Christen

**Stadtratspräsident Roland Christen:** Alle Anwesenden, auch die Gäste, die Presse und die Hüter der Ordnung seien in seinem Namen herzlich zum Apéro im Foyer des Sitzungssaales eingeladen. Das Apéro finde nicht im Stile von vor 1150 Jahren statt. Mit Brot, Käse und Most entspreche es aber einem Apéro, wie es die Herren Mumenthaler, Dennler und Rüttimyer gekannt haben.

*(Applaus)*